

Frei kritisiert Erdogans Weltsicht

Politik Nazi-Vergleich des türkischen Präsidenten bringt Abgeordneten ins Harnisch: „Weg in die Autokratie vorgezeichnet.“

Villingen-Schwenningen. Anlässlich des „Nazi-Vergleichs“ des türkischen Präsidenten Erdogan kritisiert der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei: „Erdogans neuesten rhetorischen Ausfälle in Richtung Deutschland zeigen einmal mehr seine verschobene Weltsicht und zugleich, dass der Weg der Türkei in eine Autokratie vorgezeichnet ist.“

Der türkische Präsident hatte am Sonntag auf eine Veranstaltung in Istanbul gegen die Absage von Auftritten türkischer Minister in Deutschland gewettert; diese Handlungen seien „nichts anders als das, was in der Nazi-Zeit getan wurde“.

Ein solches Verhalten sei unter NATO-Partnern untragbar, meint nun Frei: „Ein türkischer Präsident, der sich so über unser Land äußert, hat kein Recht, hierzulande für seine kruden Ansichten zu werben. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Ich halte nichts davon, dass Erdogan seinen Wahlkampf in Deutschland führt. Ebenso wenig halte ich von den Entwicklungen in der Türkei, die darauf abzielen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzubauen.“

Keine „Lex Erdogan“

Unabhängig von der aufgeheizten Situation im Falle Erdogan und seiner „Ministervasallen“ brauche es jetzt vor allem „sachliche Nüchternheit“. Es gehe keineswegs um eine „Lex Erdogan“, meint Thorsten Frei. „Bei aller Freiheit in unserem Land kann es nicht sein, dass andere Länder diese Freiheit missbrauchen, um ihre inneren Angelegenheiten zum Teil mit radikalen oder unerlaubten Mitteln bei uns in Deutschland auszufechten.“ Schließlich seien die Rechte des Grundgesetzes Rechte, die deutschen Staatsbürgern zustehen – und nicht ausländischen Staatsführern. Falsch wäre eine impulsive Reaktion à la Erdogan, meint der CDU-Wahlkreisabgeordnete. Das bedeute aber nicht, dass es keine generelle Regelung geben könne, wie dies auch im Falle Böhmermann geschah.

Thorsten Frei: „In diesem Zusammenhang wäre auch eine Regelung angezeigt, die festlegt, dass Demonstrationen in Deutschland in deutscher Sprache abzuhalten sind. Schließlich besteht die Gefahr, dass dort Dinge gesagt werden, die nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sind.“ Völlig falsch sei, jetzt eine Diskussion über die Erweiterung der doppelten Staatsbürgerschaft zu eröffnen, so wie es die SPD-Integrationsministerin vorgeschlagen hat. Frei will darüber nachdenken, die doppelte Staatsbürgerschaft einzuschränken.